

Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB) mit Kundeninformationen

der Benedikt Tillmann GmbH, Hauptstraße 16, 99867 Weingarten
eingetragen im Handelsregister Jena, HRB 521500,
vertreten durch Benedikt Tillmann,

- im Folgenden „Anbieter“ -

Gültig ab: 01.09.2026

§ 1 Geltungsbereich, Begriffsbestimmungen

(1) Für die Geschäftsbeziehung zwischen dem Webshopanbieter (nachfolgend „Anbieter“) und dem Kunden (nachfolgend „Kunde“) gelten ausschließlich die nachfolgenden Allgemeinen Geschäftsbedingungen in ihrer zum Zeitpunkt der Bestellung gültigen Fassung. Abweichende allgemeine Geschäftsbedingungen des Kunden werden nicht anerkannt, es sei denn, der Anbieter stimmt ihrer Geltung ausdrücklich schriftlich zu.

(2) Der Kunde ist Verbraucher, soweit der Zweck der geordneten Lieferungen und Leistungen nicht überwiegend seiner gewerblichen oder selbständigen beruflichen Tätigkeit zugerechnet werden kann. Dagegen ist Unternehmer jede natürliche oder juristische Person oder rechtsfähige Personengesellschaft, die beim Abschluss des Vertrags in Ausübung ihrer gewerblichen oder selbständigen beruflichen Tätigkeit handelt.

§ 2 Vertragsschluss, Bestellvorgang & Korrekturmöglichkeiten

(1) Der Kunde kann aus dem Sortiment des Anbieters Produkte (insbesondere Möbel) auswählen und diese über den Button „In den Warenkorb“ in einem sogenannten Warenkorb sammeln.

(2) Vor Abschicken der Bestellung kann der Kunde die Daten jederzeit einsehen und ändern. Etwaige Eingabefehler können über die üblichen Tastatur- und Mausfunktionen sowie über die Korrekturfunktionen im Warenkorb und im Bestellablauf korrigiert werden.

(3) Durch Anklicken des Buttons „zahlungspflichtig bestellen“ gibt der Kunde einen verbindlichen Antrag zum Kauf der im Warenkorb befindlichen Waren ab. Der Antrag kann jedoch nur abgegeben und übermittelt werden, wenn der Kunde durch Anklicken des entsprechenden Bestätigungsfeldes diese Vertragsbedingungen akzeptiert und dadurch in seinen Antrag aufgenommen hat.

(4) Der Anbieter schickt daraufhin dem Kunden eine automatische Empfangsbestätigung per E-Mail zu, in welcher die Bestellung des Kunden nochmals aufgeführt wird und die der Kunde über die Funktion „Drucken“ ausdrucken kann. Die automatische Empfangsbestätigung dokumentiert lediglich, dass die Bestellung des Kunden beim Anbieter eingegangen ist, und stellt keine Annahme des Antrags dar. Der Vertrag kommt erst durch die Abgabe der Annahmeerklärung durch den Anbieter zustande, die mit einer gesonderten E-Mail (Auftragsbestätigung) versandt wird.

(5) In der Auftragsbestätigung oder in einer separaten E-Mail, spätestens jedoch bei Lieferung der Ware, wird der Vertragstext (bestehend aus Bestellung, AGB und Auftragsbestätigung) dem Kunden von uns auf einem dauerhaften Datenträger (E-Mail oder Papiausdruck) zugesandt (Vertragsbestätigung). Der Vertragstext wird vom Anbieter unter Wahrung des Datenschutzes gespeichert, ist jedoch für den Kunden nach Abschluss der Bestellung über das Internet nicht mehr öffentlich zugänglich.

§ 3 Lieferung, Warenverfügbarkeit, Lieferzeiten

(1) Ist zum Zeitpunkt der Bestellung des Kunden kein Exemplar des von ihm ausgewählten Produkts verfügbar, so teilt der Anbieter dies dem Kunden in der Auftragsbestätigung unverzüglich mit. Ist das Produkt dauerhaft nicht lieferbar, sieht der Anbieter von einer Annahmeerklärung ab. Ein Vertrag kommt in diesem Fall nicht zustande.

(2) Ist das vom Kunden in der Bestellung ausgewählte Produkt nur vorübergehend nicht lieferbar, teilt der Anbieter dies dem Kunden ebenfalls unverzüglich in der Auftragsbestätigung mit.

(3) Die Frist für die Lieferung beginnt bei Zahlung per Vorkasse am Tag nach Zahlungseingang.

(4) Die konkreten Liefer- und Produktionszeiten werden bei den jeweiligen Angeboten im Onlineshop angegeben.

§ 4 Preise, Versandkosten & Gefahrübergang

(1) Alle Preise, die auf der Website des Anbieters angegeben sind, verstehen sich einschließlich der im Empfängerland jeweils gültigen gesetzlichen Umsatzsteuer.

(2) Die entsprechenden Versandkosten werden dem Kunden im Bestellformular vor Abgabe der Bestellung angegeben und sind vom Kunden zu tragen. Im Falle eines Widerrufs richten sich die Folgen für Hinsendekosten sowie die Verteilung der Rücksendekosten nach den gesetzlichen Regelungen und den Angaben in der separaten Widerrufsbelehrung.

(3) Der Versand der Ware erfolgt per Eigentransport durch den Anbieter selbst oder durch ein beauftragtes Transportunternehmen (z. B. Spedition/Paketdienst).

(4) Ist der Kunde Verbraucher, geht die Gefahr des zufälligen Untergangs und der zufälligen Verschlechterung der verkauften Sache erst mit der Übergabe der Ware an den Kunden oder eine von ihm bestimmte empfangsberechtigte Person über. Ist der Kunde Unternehmer, geht die Gefahr des zufälligen Untergangs und der zufälligen Verschlechterung mit der Übergabe der Ware an das Transportunternehmen (Spediteur, Frachtführer oder sonstige zur Ausführung der Versendung bestimmte Person) auf den Kunden über.

§ 5 Zahlungsmodalitäten & Verzug

(1) Die Zahlung erfolgt ausschließlich per Vorkasse mittels Banküberweisung.

(2) Der Kaufpreis ist nach Vertragsschluss und nach Erhalt der Rechnung zur Zahlung fällig. Die Bankverbindung wird dem Kunden in der Auftragsbestätigung / Rechnung mitgeteilt.

(3) Der Kunde kommt spätestens in Verzug, wenn er nicht innerhalb von 30 Tagen nach Fälligkeit und Zugang der Rechnung leistet. Dies gilt gegenüber einem Verbraucher jedoch nur, wenn in der Rechnung auf diese Folge besonders hingewiesen wurde.

(4) Gerät der Kunde in Zahlungsverzug, ist der Kaufpreis während des Verzugs mit dem gesetzlichen Verzugszinssatz zu verzinsen. Dieser beträgt gegenüber Verbrauchern 5 Prozentpunkte über dem Basiszinssatz und gegenüber Unternehmern 9 Prozentpunkte über dem Basiszinssatz.

(5) Ist der Kunde Unternehmer, hat er dem Anbieter im Falle des Zahlungsverzugs zusätzlich eine Pauschale in Höhe von 40 Euro zu zahlen (§ 288 Abs. 5 BGB). Die Pauschale wird auf einen geschuldeten Schadensersatz angerechnet, soweit der Schaden in Kosten der Rechtsverfolgung begründet ist.

(6) Die Geltendmachung eines weiteren Verzugsschadens durch den Anbieter bleibt unberührt.

§ 6 Eigentumsvorbehalt

Bis zur vollständigen Bezahlung verbleiben die gelieferten Waren im Eigentum des Anbieters.

§ 7 Sachmängelgewährleistung, Garantie & Hinweise zu Naturprodukten



Mindestens zwei Jahre gesetzliche Gewährleistung der Vertragsmäßigkeit für Waren, die in der Europäischen Union verkauft werden.

Verbraucherinnen und Verbraucher können ihre Rechte im Rahmen des gesetzlichen Gewährleistungsrechts geltend machen, z. B. wenn die Waren

- ✓ nicht der Beschreibung entsprechen,
- ✓ nicht bestimmungsgemäß funktionieren.

Verkäufer haften für jede Vertragswidrigkeit, die zum Zeitpunkt der Lieferung der Waren bestand und innerhalb des Zeitraums der gesetzlichen Gewährleistung erkennbar wird. Verkäufer müssen in solchen Fällen Folgendes anbieten:

- ✓ **kostenlose Nachbesserung** oder **kostenlose Ersatzlieferung**,
- ✓ in bestimmten Fällen eine **Preisminderung** oder eine **vollständige Erstattung des Kaufpreises**.

In einigen Ländern gilt ein längerer Zeitraum für die gesetzliche Gewährleistung. Für gebrauchte Waren kann ein kürzerer Zeitraum gelten, jedoch nicht weniger als ein Jahr.

Für weitere Informationen zu Ihren Rechten in einem bestimmten Land scannen Sie den nachstehenden QR-Code oder fragen Sie den Verkäufer.



europa.eu/youreurope/garantien

Was ist zu tun, wenn Sie vertragswidrige Waren erhalten?

- 1 Melden Sie dem Verkäufer das Problem so bald wie möglich.
- 2 Legen Sie einen Kaufnachweis vor, z. B. die Quittung, Rechnung oder einen Kontoauszug.

GARAN ✓

Verkäufer und Hersteller können auch gewerbliche Garantien gewähren, die unabhängig von der gesetzlichen Gewährleistung gelten. Diese GARAN-Kennzeichnung zeigt beispielsweise, dass der Hersteller eine **gewerbliche Haltbarkeitsgarantie** ohne zusätzliche Kosten gewährt, die die gesamte Ware abdeckt.

- (1) Es gelten die gesetzlichen Mängelhaftungsrechte, soweit nachfolgend nichts anderes vereinbart ist.
- (2) Ist der Kunde Unternehmer, beträgt die Verjährungsfrist für Mängelansprüche bei neu hergestellten Sachen ein Jahr ab Gefahrübergang.
- (3) Die Verkürzung der Verjährungsfrist nach Abs. 2 gilt nicht für:
 - dem Anbieter zurechenbare schuldhaft verursachte Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit;
 - vorsätzlich oder grob fahrlässig verursachte Schäden;
 - Ansprüche bei arglistigem Verschweigen eines Mangels oder aus einer übernommenen Beschaffenheitsgarantie;
 - gesetzliche Rückgriffsansprüche des Kunden (§ 445a BGB);
 - Ansprüche nach dem Produkthaftungsgesetz.
- (4) Bei den verkauften Möbelstücken handelt es sich um Unikate aus Voll- und Altholz. Holz ist ein arbeitendes Naturmaterial, das auf Raumtemperatur und Luftfeuchtigkeit reagiert. Naturbedingte Merkmale wie individuelle Farb- und Maserungsabweichungen, historische Gebrauchs- und Insektenfraßspuren (z. B. inaktive Wurmlöcher), Rissbildungen, Formveränderungen sowie hörbare Geräusche (wie Knacken oder Knarren) bei Belastung oder Klimaschwankungen beeinträchtigen die Stabilität und Funktion der Ware nicht und stellen, soweit sie die gewöhnliche Nutzung nicht aufheben, keinen Mangel dar, sondern gelten als vereinbarte Beschaffenheit.

§ 8 Haftung

(1) Haftungsausschluss (Grundsatz)

Die Haftung des Anbieters für Schadensersatz ist gleich aus welchem Rechtsgrund ausgeschlossen. Dies gilt nicht für:

- Ansprüche des Kunden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit;
- Schäden, die auf einer vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Pflichtverletzung des Anbieters, seiner gesetzlichen Vertreter oder Erfüllungsgehilfen beruhen;
- Schäden aus der Verletzung wesentlicher Vertragspflichten (Kardinalpflichten). Wesentliche Vertragspflichten sind solche, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrags überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Kunde regelmäßig vertrauen darf.

(2) Begrenzung bei einfacher Fahrlässigkeit

Bei der leicht fahrlässigen Verletzung wesentlicher Vertragspflichten (Kardinalpflichten) ist die Haftung des Anbieters der Höhe nach auf den bei Vertragsschluss vorhersehbaren, vertragstypischen Schaden begrenzt.

(3) Ergänzende Bestimmungen im B2B-Verkehr (gegenüber Unternehmern)

Ist der Kunde Unternehmer im Sinne des § 14 BGB, gelten ergänzend folgende Regelungen:

- Die Haftung für leicht fahrlässig verursachte Mangelfolgeschäden, entgangenen Gewinn oder sonstige reine Vermögensschäden ist bei der Verletzung unwesentlicher Vertragspflichten ausgeschlossen.
- Bei leicht fahrlässiger Verletzung wesentlicher Vertragspflichten (Kardinalpflichten) ist die Haftung höhenmäßig auf den vertragstypisch vorhersehbaren Schaden, maximal jedoch auf die Deckungssumme der Betriebshaftpflichtversicherung des Anbieters begrenzt.
- Die gesetzliche Verjährungsfrist für Schadensersatzansprüche des Unternehmers beträgt ein Jahr ab Gefahrübergang. Dies gilt nicht für Ansprüche aus der Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit, bei vorsätzlichem oder grob fahrlässigem Verhalten sowie bei Ansprüchen nach dem Produkthaftungsgesetz.

(4) Gesetzliche Vertreter und Erfüllungsgehilfen

Die Haftungsbeschränkungen und -ausschlüsse der Absätze 1 bis 3 gelten in gleichem Umfang zugunsten der gesetzlichen Vertreter, leitenden Angestellten und Erfüllungsgehilfen des Anbieters.

(5) Produkthaftung & Garantien

Die Vorschriften des Produkthaftungsgesetzes sowie die Haftung für vorsätzlich verschwiegene Mängel oder im Rahmen einer übernommenen Garantie bleiben unberührt.

§ 9 Widerrufsrecht

Verbrauchern steht bei Fernabsatzverträgen grundsätzlich ein gesetzliches Widerrufsrecht zu. Die Ausführungen zum Widerrufsrecht, die Ausnahmen hiervon sowie das Muster-Widerrufsformular sind in einer separaten Widerrufsbelehrung geregelt, die dem Kunden vor Vertragsschluss zur Verfügung gestellt wird.

§ 10 Verbraucherstreitbeilegung

Wir sind nicht bereit und nicht verpflichtet, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle teilzunehmen.

§ 11 Schlussbestimmungen

(1) Auf Verträge zwischen dem Anbieter und den Kunden findet das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des UN-Kaufrechts Anwendung. Die gesetzlichen Vorschriften zur Beschränkung der Rechtswahl und zur Anwendbarkeit zwingender Vorschriften insbesondere des Staates, in dem der Kunde als Verbraucher seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat, bleiben unberührt.

(2) Sofern es sich beim Kunden um einen Kaufmann, eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder um ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen handelt, ist Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus Vertragsverhältnissen zwischen dem Kunden und dem Anbieter der Sitz des Anbieters.

(3) Vertragssprache ist Deutsch.

(4) Der Vertrag bleibt auch bei rechtlicher Unwirksamkeit einzelner Punkte in seinen übrigen Teilen verbindlich. Anstelle der unwirksamen Punkte treten, soweit vorhanden, die gesetzlichen Vorschriften.